

# ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

## Positionspapier

**Die Entwicklungsländer sind in den letzten Jahrzehnten bei Lebensmitteln von netto Exporteuren zu netto Importeuren geworden.** Sie produzieren Agrarrohstoffe für den Export, sogenannte Cash Crops, und importieren dafür immer mehr verarbeitete Lebensmittel. In den 90er-Jahren haben der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank die Regierungen vieler Entwicklungsländer dazu gebracht, die eigene Landwirtschaft – insbesondere die Produktion von Grundnahrungsmitteln – zu vernachlässigen und die Grenzen für Importprodukte zu öffnen. Im Gegenzug wurde der Anbau von Exportprodukten forciert, was hohe Renditen und die für die Begleichung des Schuldendienstes benötigten Devisen versprach.

Diese Entwicklung hat bis heute fatale Folgen für die bäuerliche Landwirtschaft in Entwicklungsländern: es werden kaum staatliche Investitionen in landwirtschaftliche Beratung, Bildung und Infrastruktur getätigt. Das ohnehin geringe Landwirtschaftsbudget kommt vermehrt Grossproduzenten zu Gute, die Blumen, Südfrüchte, Kaffee, Soja oder Palmöl für den Export anbauen. **Dafür finden billige Fertigprodukte der globalen Lebensmittelindustrie oft leichter Zugang zu den Märkten in Entwicklungsländern als Produkte der eigenen Region.**<sup>1</sup> Olivier De Schutter, ehemaliger UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, betont, dass vor allem die Idee grosse Mengen an Nahrung zu produzieren, um die Armen zu ernähren falsch ist.<sup>2</sup> Dadurch entstehen zum Beispiel in der EU dank Subventionen Überschüsse, die zu Dumpingpreisen exportiert werden und die lokalen Märkte in Entwicklungsländern zerstören.

Aufgrund dieser für die Kleinbauernfamilien verhängnisvollen Entwicklung, wurde von der Bauernorganisation La Via Campesina das Konzept «Ernährungssouveränität» entwickelt. Dieses fordert das Recht für Gemeinschaften und Staaten ihre eigene Landwirtschafts- und Ernährungspolitik ausgestalten zu können.<sup>3</sup> **Die Ernährungssouveränität will saisonale Nahrungsmittel aus nachhaltiger bäuerlicher Produktion stärken. Im Zentrum stehen dabei lokale Märkte sowie faire Produzentenpreise.**

## Die Forderungen von SWISSAID

Überall auf der Welt sind die Preise für die produzierten Lebensmittel zu tief und die Bauernfamilien kämpfen um ihre Existenz, weil der liberalisierte Handel mit Lebensmitteln aus einer industriellen Landwirtschaft die Produzenten vor Ort von den lokalen Märkten verdrängt. SWISSAID stellt deshalb folgende Forderungen:

- Die Schweiz muss sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene konsequent eine ökologische, **bäuerliche Landwirtschaft fördern** sowie die strategische Bedeutung der Kleinbäuerinnen für die globale Ernährung anerkennen und zur Stärkung ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung konsequent Massnahmen in allen Bereichen des staatlichen Handelns ergreifen.
- Die Schweiz soll die SDG (Sustainable Development Goals) gemäss ihrer Verpflichtung umsetzen. Zudem hat die Schweiz im 2018 der **UNO-Deklaration zum Schutz der Rechte von Bauern und Bäuerinnen** zugestimmt. Nun soll sie sich national und international für deren Anerkennung und Umsetzung einsetzen.
- Die Schweiz soll sich für eine **Sensibilisierung der KonsumentInnen** engagieren. Dabei sind die Grundsätze der Ernährungssouveränität zu bevorzugen: lokale und saisonale Produkte aus ökologischer Produktion und fairem Handel, ein bewusster Fleischkonsum und das Vermeiden von Food Waste.
- Die Schweiz soll die Agrarforschung nach den Bedürfnissen einer bäuerlichen Landwirtschaft ausrichten. Es muss sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene deutlich mehr in die öffentliche **Forschung für eine ökologische Landwirtschaft** investiert werden.
- In der Schweiz ansässige multinationale Konzerne sollen sich beim internationalen Handel mit Landwirtschaftsprodukten an klare und verbindliche Vorgaben mit **ökologischen, sozialen und ethischen Mindeststandards** halten. Freiwillige Verpflichtungen seitens der Unternehmen reichen nicht aus. Zudem dürfen Schweizer Investoren nicht in Projekte und Geschäfte investieren, die Landgrabbing zur Folge haben.
- Die Schweiz muss sich auf der bilateralen wie auch auf der multilateralen Ebene (z.B. World Trade Organisation, WTO) für **gerechte Handelsbeziehungen** einsetzen. Dabei stehen die lokalen Märkte im Zentrum und somit der Schutz der bäuerlichen Produktion vor Importen zu Dumpingpreisen. Deshalb sollen alle Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, das Recht haben Zölle zum Schutz vor Importen zu Dumpingpreisen zu erheben.
- Bei Freihandelsabkommen und internationalen Vereinbarungen soll die Schweiz auf Forderungen zu **strengen Sortenschutzrechten (z.B. UPOV 91) verzichten**.
- Die Schweiz gewährt den Entwicklungsländern Zollpräferenzen (zollfrei oder reduzierter Zollansatz). Es ist jedoch wichtig, dass v.a. Kleinproduzentinnen und -produzenten von diesem Handelsregime profitieren und dieses nicht von Grosskonzernen missbraucht wird. Zudem müssen die Zollpräferenzen auf verarbeitete Produkte ausgeweitet werden, um mehr Wertschöpfung zu generieren. **Die Importe sollen Nachhaltigkeitskriterien erfüllen.**

## Die Argumente

### Ernährungssouveränität bekämpft den Hunger

Die Ernährungssouveränität setzt auf lokale Nahrungsmittelproduktion, regionale Märkte und eine saisonale Ernährung. Insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel und die damit verbundenen Risiken für die Nahrungsmittelproduktion ist eine ökologische Landwirtschaft entscheidend, da diese resilienter ist und sich besser an verändernde klimatische Bedingungen anpassen kann. Deshalb ist nur die Ernährungssouveränität – im Gegensatz zur industriellen Landwirtschaft – langfristig in der Lage, die Menschheit zu ernähren.<sup>4</sup>

### Stopp des globalen Wettlaufs um Ackerland

Überall auf der Welt kämpfen Bäuerinnen und Bauern gegen den Ausverkauf ihrer fruchtbaren Felder. Finanzkräftige Länder, Unternehmen und Investoren sichern sich in ärmeren Ländern grosse Flächen fruchtbaren Ackerlandes über Kauf oder Pacht, um Agrarprodukte für den eigenen Markt zu produzieren.<sup>5</sup> Dadurch verlieren die lokalen Bäuerinnen und Bauern ihr Land, weil sie keine Landtitel besitzen. Der Zugang zu Land ist deshalb eine wichtige Forderung des Konzepts Ernährungssouveränität.

### Stärkung des Rechts auf Saatgut

Aktuell kontrollieren nur drei multinationale Konzerne zwei Drittel des internationalen Saatgutmarktes, ein dramatischer Konzentrationsprozess hat in den letzten Jahren stattgefunden. Dazu beigetragen hat die strenge Anwendung geistiger Eigentumsrechte. Das Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV 91) verbietet beispielsweise den Bauern nebst dem Verkauf auch den Tausch von geschützten Sorten. Zudem wird der Nachbau auf dem eigenen Hof auf ausgewählte Nutzpflanzen eingeschränkt und teilweise

mit Nachbaugebühren belastet.<sup>6</sup> Ernährungssouveränität hingegen stärkt bäuerliche Saatgutssysteme und gewährleistet Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Saatgut.

### Ernährungssouveränität schützt das Klima

Überschwemmungen, Dürren und extreme Temperaturen – die Landwirtschaft ist vom Klimawandel besonders betroffen. Allerdings ist die industrielle Landwirtschaft auch mitverantwortlich für den Klimawandel, zum Beispiel durch die Herstellung und den Einsatz von chemisch-synthetischem Mineraldünger und dem Einsatz von Kraftfutter in der Tierhaltung. Die durch die Ernährungssouveränität geförderte Agroökologie (s. SWISSAID Positionspapier Agroökologie) hingegen setzt auf geschlossene Nährstoffkreisläufe und organische Dünger. Damit können die Böden Humus anreichern und Kohlenstoff speichern. Mit einer lokalen Nahrungsmittelversorgung werden Transporte und somit Treibhausgasemissionen vermieden.

### Förderung lokaler Märkte

Die Überproduktion aus einer fehlgeleiteten Agrarpolitik im Norden, verdrängt Kleinbauern von den lokalen Märkten in den Entwicklungsländern. Dies zeigt das Schicksal der Milchbauern in Kamerun, als eines von zahlreichen Beispielen auf: Mit der Aufhebung der Milchquotenregelung in der EU im Jahr 2015, entstanden grosse Milchüberschüsse, welche in Form von Milchpulver zu Dumpingpreisen unter anderem nach Kamerun exportiert wurden. Mit der Liberalisierung des Milchmarktes in der EU wurden die Milchbauern in Kamerun vom lokalen Markt verdrängt.<sup>7</sup> Ernährungssouveränität ermöglicht im Gegensatz dazu eine lokale Lebensmittelversorgung, indem jedem Land das Recht eingeräumt wird, die eigene Produktion mit Preisstabilisierungsmassnahmen oder Zollschutz vor Dumpingpreisen zu schützen.

1 Weltagrarbericht: [www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/weltmarkt-und-handel.html](http://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/weltmarkt-und-handel.html)

2 Interview mit Olivier de Schutter 2018. [www.woz.ch/-8f66](http://www.woz.ch/-8f66)

3 Im Zentrum des Konzeptes steht das Recht auf eine demokratische Kontrolle der Lebensmittelproduktion – also die Selbstbestimmung von Produzenten und Konsumentinnen – und nicht die Forderung nach einer möglichst hohen Selbstversorgung. Somit unterscheidet es sich vom Konzept der Ernährungssicherheit, welches lediglich das Ziel von genügender Ernährung aller Menschen setzt.

4 Weltagrarbericht: [www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/weltagrarbericht/Neuaufgabe/WegeausderHungerkrise\\_klein.pdf](http://www.weltagrarbericht.de/fileadmin/files/weltagrarbericht/Neuaufgabe/WegeausderHungerkrise_klein.pdf)

5 Weltagrarbericht: [www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/landgrabbing.html](http://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/landgrabbing.html)

6 Public Eye und ProSpecieRara, 2014: Saatgut – Bedrohte Vielfalt im Spannungsfeld der Interessen

7 Reichert T., Leimbach J. Billiges Milchpulver für die Welt [www.germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/publication/13255.pdf](http://www.germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/publication/13255.pdf)